

Zu Punkt der Tagesordnung

Geschäftliche Mitteilung			Drucksache 0869/2017
			Einbringung 06.09.2017
Datum	Gremium	Federführung	
Ö 19.09.2017	Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit	Amt für Gesundheit, 50.1	
Betreff: Broschüre "Blickpunkte"			

**I.
Zusammenfassung**

Die vorliegende Broschüre „Blickpunkte“ ist ein erstes Ergebnis des Handlungsplanes, der von einem Expertengremium in der Zeit vom 08.12.2015 bis 28.06.2016 entwickelt wurde. Zu jedem der sechs erarbeiteten Schwerpunktthemen (Akzeptanz und Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation, Strukturen klinischer Versorgung, Schnittstellenproblematik Gender und kultursensible Versorgung, Öffnung der Regelangebote), die während insgesamt 14 Treffen diskutiert und protokolliert wurden, sind im Anschluss mithilfe einer freien Journalistin verständliche Texte verfasst worden, die durch Interviews mit Betroffenen ergänzt werden.

**II.
Sachverhalt**

Politischer Wille der Landeshauptstadt Kiel ist es, das Thema "psychische Erkrankungen" in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und mehr Verständnis für Betroffene zu erreichen. Dabei soll die vorliegende Broschüre helfen. Der Inhalt wurde von einem Expertengremium entwickelt, das durch den Gesundheitsausschuss berufen wurde. Hierzu gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit und Amt für Soziale Dienste), Vertreterinnen und Vertreter von ambulanten Einrichtungen, Angehörigenvereinen, Selbsthilfegruppen, Kliniken, sowie auch Betroffene selbst. In der Broschüre werden einige grundsätzliche Empfehlungen zusammengetragen, daneben berichten Betroffene und Angehörige von ihren Erfahrungen mit der Krankheit. Ziel ist es, Hürden für Menschen mit psychischen Erkrankungen abzubauen und die Akzeptanz der Betroffenen zu erhöhen.

III. Weiteres Verfahren

Die Broschüre ist ein erster Schritt, das Thema „psychische Erkrankungen“ in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Diskussion um eine Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation Betroffener muss weitergeführt werden, um für Menschen mit einer psychischen Erkrankung mehr Teilhabe und Selbstbestimmung zu erreichen und den Zugang zu Therapiemöglichkeiten zu verbessern.

Gerwin Stöcken
Stadtrat

Anlage:
Broschüre „Blickpunkte“

» Blickpunkte «

Leben mit psychischen
Erkrankungen



Hinweis der Redaktion

Diese Broschüre finden Sie auch im Internet unter www.kiel.de (im Menü unter „Gesundheit & Soziales“ > „Gesundheit – Vorsorgen & heilen“ > „Sozialpsychiatrischer Dienst“). Um die Lesbarkeit zu verbessern, lässt sich die Schrift dort vergrößert darstellen.

Herausgeberin:



Landeshauptstadt Kiel

Adresse: Amt für Gesundheit, Fleethörn 18–24, 24103 Kiel, Amt für Soziale Dienste, Stephan-Heinzel-Straße 2, 24116 Kiel, **Redaktion:** Amt für Gesundheit, Amt für Soziale Dienste, Pressereferat, **Interviews/Texte:** Esther Geißlinger, Jennifer Ruske, **Fotonachweis:** Thomas Eisenkrätzer, **Layout:** schmidtundweber, **Druck:** hansadruck, Kiel, **Auflage:** 3.000 Stück, Kiel 09/2017, **Hinweis:** Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck – auch auszugsweise – ist ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers und der Redaktion nicht gestattet.

» **Blickpunkte** «

Leben mit psychischen
Erkrankungen

Inhalt

Vorwort	6
Allgemeine Definition: Was ist eine psychische Störung oder Erkrankung?	8

Teil 1

Eine psychische Erkrankung kann jeden treffen: Berichte von Betroffenen und Angehörigen **9**

1. Dr. Michael Spillner	10
2. Alessandra Fischer	12
3. Anton Gondorf	14
4. Roul Auerbach	16
5. Britta Paustian	18

Teil 2

Die Situation in Kiel: Zahlen und Fakten zum Thema psychische Erkrankungen **21**

Teil 3

Handlungsempfehlungen des Expertengremiums 25

Akzeptanz und Öffentlichkeitsarbeit: Miteinander reden 26

Partizipation: Dabei sein, mitmachen und gestalten 30

Strukturen klinischer Versorgung:
Aus dem Klinikbett in die Beratung 34

Individuelle und passgenaue Hilfen für alle Menschen 38

Regelversorgung: Alle Angebote nutzen 42

Anhang 45

Adressen/Wegweiser 46

Danksagung 47

Mitglieder des Expertengremiums 49

Impressum

Vorwort



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

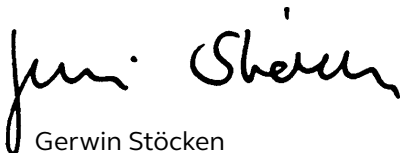
seelische Hochs und Tiefs kennt fast jeder. Doch wenn diese Krisen länger andauern, wenn sich das innere Gleichgewicht einfach nicht wiedereinstellen will, kann eine psychische Erkrankung vorliegen. Dass Menschen psychisch erkranken, kommt häufiger vor, als uns bewusst ist. Nahezu jeder vierte männliche Erwachsene zwischen 18 und 79 Jahren (22,0 Prozent) und jede dritte weibliche Person (33,3 Prozent) leiden unter ausgeprägten psychischen Störungen oder haben zeitweilig unter ihnen gelitten.

Doch über ihre Krankheit reden mögen die Betroffenen in der Regel nicht. Psychische Störungen sind ein Tabuthema in unserer Gesellschaft, in der jede und jeder gute Leistung erbringen muss. Die Tatsache, dass man durch die psychische Störung nicht mehr so funktioniert, nicht mehr so belastbar ist, den Anforderungen der Familie, des Jobs, des Alltags nicht mehr gewachsen ist, wie man es von sich selbst und wie andere es von einem erwarten, wirft Betroffene häufig aus der Bahn. Und wenn Erkrankte sich doch einmal trauen, offen zu sprechen, gibt es meist nur wenig hilfreiche Ratschläge und Sprüche wie „Nun rei Dich mal zusammen“. Denn kaum einer, der nicht selbst betroffen war oder ist, kann nachvollziehen, warum beispielsweise das Aufstehen zur Qual werden kann oder dass eine simple Alltagsttigkeit wie das Befüllen der Waschmaschine zur nicht zu bewältigenden Aufgabe wird.

Es ist an der Zeit, hier etwas zu ändern. Es ist politischer Wille der Landeshauptstadt Kiel, das Thema psychische Erkrankungen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, um zunächst einmal mehr Verständnis für die Betroffenen zu wecken. Denn sie sind Teil unserer Gesellschaft. Es sind Freundinnen und Freunde, Verwandte, Nachbarinnen und Nachbarn, denen wir mit Akzeptanz und (fachlicher) Unterstützung den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft erleichtern können. Dabei soll diese Informations-Broschüre helfen.

Der Inhalt dieser Broschüre ist durch ein Expertengremium entwickelt worden. Hierzu gehören Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Kiel, von Angehörigenvereinen, Selbsthilfegruppen, ambulanten Einrichtungen, Kliniken, der Psychotherapeutenkammer und den Ersatzkassen sowie nicht zuletzt die Betroffenen selbst. Es ist wichtig, mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen und gemeinsam zu überlegen, was getan werden kann, um Betroffenen schnell und individuell zu helfen.

Diese Diskussionen müssen weiter geführt werden, um eine Verbesserung für mehr Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit einer psychischen Störung zu erreichen.



Gerwin Stöcken

Dezernent für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport

Allgemeine Definition

Was versteht man unter einer psychischen oder seelischen Störung oder Erkrankung?

Die Psyche (oder Seele) wird als die „Gesamtheit des menschlichen Fühlens, Empfindens und Denkens“ definiert. So steht es im Duden. Kommt das seelische Gleichgewicht aus der Balance, sprechen Medizinerinnen und Mediziner sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von einer psychischen Störung (nicht zu verwechseln mit einer geistigen Störung!). Die Wahrnehmung, das Denken, Fühlen, Verhalten und die Verarbeitung von Erlebtem sind bei Menschen mit einer psychischen Störung krankhaft beeinträchtigt. Zum Krankheitsbild gehört, dass Betroffene zum Beispiel ihr Verhalten nicht mehr oder nur teilweise willentlich steuern können. Das kennt man beispielsweise von Demenzzkranken.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO klassifiziert über 500 psychische Störungen. Darunter fallen sowohl Depressionen, Burnout, Persönlichkeitsstörungen, Psychosen, Schizophrenie, aber auch Ängste und Zwänge, Süchte, Essstörungen, Folgestörungen nach Traumata und andere mehr. Psychische Störungen können jede und jeden treffen. Fast jeder dritte Mensch leidet Schätzungen zufolge mindestens einmal im Leben an einer psychischen Erkrankung. Die gute Nachricht aber: Die meisten von ihnen können, wenn sie frühzeitig diagnostiziert werden, genauso behandelt oder geheilt werden, wie viele körperliche Leiden. (Quelle: Aktionsbündnis Seelische Gesundheit).

Teil 1:

„Eine psychische Erkrankung kann jeden Menschen treffen“

Berichte von Betroffenen und Angehörigen



1 Dr. Michael Spillner (69):

„Man muss sich Hilfe suchen, auch wenn es mühsam ist“



Ich bin Neurologe, Psychiater, Psychotherapeut – und demenzkrank. In meiner medizinischen Laufbahn – ich hatte bis zum 63. Lebensjahr eine Praxis in Osterode am Harz – habe ich vielen Patienten und Angehörigen die Diagnose ‚Demenz‘ überbringen müssen. Ich weiß, was alles auf die Betroffenen und die Familien zukommt – und ich weiß, dass die Diagnose, die Krankheit und die Hilflosigkeit einen erschlagen können. Das geht auch mir so. Ich habe zwar einen Vorsprung an medizinischem Wissen, weiß aber, dass mir das nicht helfen wird. Schlimmer noch, ich weiß genau, was mir blühen kann.

2006 war das Jahr, indem sich für mich alles veränderte. Angefangen hatte es im Urlaub mit vermeintlichen Herzrhythmusstörungen, die am Ende zur Diagnose Demenz führten. Die Konfrontation mit dieser Diagnose war für mich ein Schock. Das Gefühl zu haben, nicht mehr richtig zu funktionieren, löste bei mir eine Depression aus; eine ganz typische Begleiterschei-

nung der Krankheit. Ich bin derzeit im sogenannten Frühstadium – hoffentlich bleibt das noch lange so. Mit Ergotherapie, Krankengymnastik, Werken mit Holz als motorisches Training, mit gesunder Ernährung und Medikation versuche ich, den Verlauf der Krankheit zu verlangsamen. Und doch merke ich, dass ich die typischen Verhaltensweisen von Menschen mit Demenz zeige – bzw. ich merke es oftmals nicht mehr, weil mir schlicht das Bewusstsein für mein Verhalten fehlt. Früher war ich ein ruhiger, geduldiger Mensch, das hat sich krankheitsbedingt geändert. Ich bin unruhig und leicht reizbar. Das bekommt meine Frau leider manchmal zu spüren. Dennoch ist ihre unermüdliche Zuwendung nicht genug wertzuschätzen. Ich bin zudem, wie man im Volksmund sagt, vergesslich geworden. Dazu kommen Wortfindungsstörungen. Ich habe das gesuchte Wort auf der Zunge, kann es aber nicht aussprechen. Noch kann ich das alles Fremden gegenüber ganz gut überspielen.

Oft genug liege ich im Bett und heule, weil ich nicht weiß, wohin die Krankheit mich noch führt. Was für einen Menschen sie aus mir machen wird. Aber Weinen hilft nicht immer. Was aber den Angehörigen und damit auch den Betroffenen hilft, ist, sich über die Krankheit bei Ärzten und Beratungsstellen zu informieren. Suchen Sie sich Hilfe! Denn Sie werden sie brauchen. Alleine schaffen Sie es nicht. Ich weiß, es ist mühsam. Mir zum Beispiel haben die „Alzheimergesellschaft Kiel“ und die „AWO Beratungsstelle Demenz und Pflege“ geholfen. Hilfreich ist es auch, Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten zu erstellen. Und sich rechtzeitig Unterstützung zu sichern, für den Tag, an dem man seinen Alltag nicht mehr alleine regeln kann. Das zu vermitteln, ist mir wichtig. Deswegen rede ich über Demenz. Ich will die Öffentlichkeit informieren, will Verständnis wecken – solange ich das noch kann. Denn Demenz oder eine andere psychische Erkrankung kann jeden Menschen treffen.



2

Alessandra Fischer (32):

„Wir müssen Experten in eigener Sache werden“



Abi, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Studium, Auslandsjahr, Berufseinstieg – mein Leben war eng getaktet. Dann kam der Zusammenbruch, von jetzt auf gleich. Bisher hatte ich jede Kleinigkeit kontrolliert und durchgeplant, jetzt entglitt mir alles. Ich konnte nichts mehr tun, nicht einmal mehr essen, weil mein Körper mir nach einem Bissen signalisierte, dass der Magen zum Platzen voll sei. So schnell wie möglich habe ich mich um einen Platz in der Klinik bemüht – und nach einem Monat Wartezeit endlich auch bekommen.

Dort fühlte ich mich ernst genommen und gut behandelt. Aber belastend war die Frage, wie es danach weitergeht: Auf keinen Fall wollte ich alleine da stehen. Das Pflegepersonal hat mich super bei der Suche nach einem ambulanten Therapieplatz unterstützt. Ich musste über neunzig Therapeuten anrufen, das erforderte Kraft und Zeit. Den Übergang habe ich mit der Hilfe von Beratungsstellen, meiner Selbsthilfegruppe und einer ambulanten Betreuung geschafft. Allein wäre es nicht gegangen – nicht einmal für mich als studierte Kunsttherapeutin.

In Kiel gibt es so viele Hilfen, aber man muss auch den Weg kennen!

Dazu würde ich mir eine Beratung wünschen, die schon in der Klinik ansetzt. Genesungshelfer mit Ex-In-Ausbildung (Anm. der Red.: Menschen mit psychiatrischer Diagnose werden geschult und beraten andere Betroffene) wären eine Möglichkeit, lebendige Inklusion zu schaffen. Wobei diese Tätigkeit meiner Meinung nach nicht ehrenamtlich sein darf: Wissen, Erfahrung



und Ausbildung sollten sich auch ganz praktisch bezahlt machen, denn psychische Krankheit bedeutet sehr oft finanzielle Einbuße bis hin zu Armut.

Es ist extrem wichtig, dass sich psychisch Kranke als Experten in eigener Sache verstehen und für sich selbst aktiv werden. Dafür braucht es Hilfestellung von außen ebenso, wie persönlichen Mut und den Willen zur Veränderung. Die Motivation ist da: schließlich geht es um unser Leben. Deswegen möchte ich jeden ermutigen, sich einzubringen. Eine psychische Krankheit bedeutet nicht zwangsläufig, aufs Abstellgleis gestellt zu sein.

Ich bin wieder vollständig genesen. Durch eine Reha-Maßnahme gelang mir der Einstieg in ein neues Arbeitsfeld. Meine Krankheit war für mich eine Chance, mit mir selbst und anderen besser in Kontakt zu kommen. Sie hat mich zurück geworfen, aber sie bereicherte mich auch jeden Tag – nicht zuletzt durch all die Menschen, die ich kennen gelernt und die Hilfe, die ich erfahren habe. Ich bin froh, diese Kurve in meinem Leben gedreht zu haben.





3 Anton Gondorf (64): „Ich brauche Unterstützung, kein Mitleid“



Seit sechs Jahren leidet meine Frau unter einer schweren Depression. Eine Veranlagung dazu hatte sie wohl schon immer, aber damals verschlechterte sich ihre Lage so stark, dass sie in eine Klinik musste. Dort wurde sie gut versorgt, es ging ihr besser. Aber danach tat sich eine Lücke auf – denn allein zuhause bleiben kann sie nicht, und ich muss schließlich arbeiten.

Um einen Platz für sie zu finden, habe ich bis an die Westküste telefoniert. Zum Glück fand sich am Ende etwas in Kiel selbst, aber das kostete Zeit und Nerven. Ich wurde mit meinem Anliegen von einer Stelle zur nächsten geschickt. Meist bekam ich mitleidige Blicke.

Aber ich brauche kein Mitleid, sondern konkrete Unterstützung. Mir hätte es zum Beispiel geholfen, wenn mir eine neutrale Stelle durch diesen Dschungel an Angeboten geholfen hätte. Anfangs stand ich da und wusste nicht, an wen ich mich

wenden sollte. Dabei habe ich den Vorteil, als Forsttechniker der Kieler Wildgehege selbst städtischer Angestellter zu sein. Ich frage mich: Was macht der 80-Jährige, der die Strukturen nicht so genau kennt?

Es ging dann auch schnell um finanzielle Fragen, denn die Unterbringung kostet Geld. Beim Sozialamt hieß es gleich: ‚Stellen Sie ruhig einen Antrag, aber das wird nichts, Sie verdienen zu viel.‘ Dabei sind wir alles andere als reich oder wohlhabend, es gibt nur mein Einkommen. Zurzeit brauche ich die Ersparnisse auf, die eigentlich für unsere Alterssicherung gedacht waren. Selbst Kleinigkeiten werden angerechnet: Ich war lange als Förster eines genossenschaftlich betriebenen Privatwaldes tätig und habe damals ein Stück Wald gekauft – das gilt als Vermögen, das aufgelöst werden muss. Es geht um 200 Euro. Als Eigenbedarf darf ich nur 3000 Euro behalten, also in etwa das Geld für die Beerdigung.

Meine Frau hat nun einen Grad der Behinderung von 80. Dennoch fehlt vielen Menschen im Umfeld, aber auch in Ämtern und öffentlichen Stellen das Verständnis für psychische Krankheiten. Was Betroffene bräuchten, wäre ein Lotse, der den Weg zeigt und berät – in finanziellen und rechtlichen, aber auch in fachlichen Fragen. Zurzeit gilt meine Frau als ausstherapiert, sie erhält Medikamente, sonst wird nicht mehr viel mit ihr getan. Aber vielleicht gibt es einen anderen Zugang, der ihr Erleichterung verschafft?

Viele Menschen loben mich: ‚Wie schön, dass Sie sich so um Ihre Frau kümmern.‘ Selbstverständlich tue ich das – wir haben uns Beistand für gute wie für schlechte Tage versprochen. Dies sind nun hoffentlich die schlechtesten. Ich hoffe, dass wieder bessere Zeiten kommen.





4 **Roul Auerbach (26):** „Mein Leben als Drehtürpatient ist nun zu Ende“



Im Gegensatz zu früher geht es mir jetzt richtig gut. Das war nicht immer so. Warum? Ich leide unter ADS (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom) und habe eine Persönlichkeitsstörung, Typ Borderline. Das heißt ich bin emotional instabil. Meine Gefühle wechseln innerhalb von Sekunden und ich habe Probleme mit der Nähe und Distanz zu anderen Menschen. Um großen Druck in mir abzubauen, habe ich mich früher geritzt. Ich habe mehrere Selbstmordversuche hinter mir. Der letzte ist allerdings lange her.

Meine Erkrankung zeigte sich schon in frühen Jahren. Mit einem Jahr kam ich in eine Pflegefamilie. Die war toll, aber schon im Kindergarten begannen meine Probleme. Mit sechs Jahren war ich zum ersten Mal in Elmshorn in einer psychiatrischen Tagesklinik.

Dank der Medikamente konnte ich die Schule beenden und eine Lehre als Pferdepfleger anfangen. Doch die musste ich abbrechen. Ich war hochpsychotisch, habe Stimmen gehört und Sachen gesehen. Ich bin völlig abgeschmiert – und deswegen erst auf die geschlossene, dann auf die offene Station gekommen. Danach war klar, ich bin wegen der Krankheit nicht mehr so belastbar. Aber richtig Hilfe gefunden hatte ich noch nicht: Mein Betreuer war nicht erreichbar, wenn ich

ihn brauchte. Dazu hatte sich ein Berg von Schulden angesammelt. Mittlerweile bin ich wieder schuldenfrei, doch dieses Auf und Ab der Gefühle war für mich schlimm. Das Resultat: Mit 20 Jahren war ich nicht nur psychisch krank, sondern auch alkoholsüchtig – und Dauerbesucher auf der geschlossenen Station einer psychiatrischen Klinik.

25 Mal im Jahr war ich in der Klinik, alle zwei Wochen. Ich war ein echter Drehtürpatient. Ich habe damals in Itzehoe mit Betreuern in einer Wohngemeinschaft gelebt, denen ich wohl zu anstrengend war. Jedes Mal, wenn ich anderer Meinung war als sie, haben sie mich, meistens mit Hilfe der Polizei, zwangseinweisen lassen. Zwangsmedikation und Fixieren gehörten dazu. Irgendwann haben schon die Sanitäter gesagt, dass ich vielleicht mal die Einrichtung wechseln sollte.

Den Sprung nach Kiel und in eine andere Einrichtung, dem Kieler Fenster, habe ich vor 2,5 Jahren geschafft – dank meines Vaters. Den Kontakt zu ihm habe ich über das Jugendamt Rendsburg bekommen. Mein Vater kannte das Kieler Fenster, die offene niederschwellige Begegnungsstätte und die Leute dort. Seitdem bin ich dort und kann die Unterstützungsangebote nutzen. Zudem werde ich in der Haustechnik gebraucht und engagiere mich in der Öffentlichkeitsarbeit. Das tut mir gut. Ich fühle mich dort aufgehoben, gesehen, verstanden, wertgeschätzt und ich kann mich einbringen. Auch habe ich mir ein soziales Netz in Kiel geschaffen. Das alles trägt zu meiner Gesundheit bei.

Seit Anfang des Jahres wohne ich in Ellerbek in einer Einrichtung des Kieler Fensters. Hier fühle ich mich mit Blick auf den Park mit seinen Teichen richtig wohl. In den letzten 2,5 Jahren war ich übrigens nur drei Mal in der Klinik – komplett freiwillig und nach Voranmeldung. Ich habe sogar die Fahrt dahin selbst organisiert.



5 Britta Paustian (46):

„Ich will die Hilfe zurückgeben, die ich bekommen habe“



Meine Hauptsorge in den schlimmen Phasen meiner Krankheit war: Wie bringe ich meinen Sohn unter? Aber ich habe es immer gut geschafft, dank der Hilfe meiner Eltern, Freunde, der Nachbarschaft aber auch dank der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kliniken und Beratungsstellen. Ich war immer offen, ihm und auch allen anderen gegenüber: Ja, ich habe eine psychische Beeinträchtigung und brauche daher manchmal Hilfe.

Ich war Mitte 20, als die Krankheit ausbrach. Mein Sohn war damals eineinhalb, mein Mann hatte sich von mir getrennt. Ich litt an Magersucht, an Depressionen, an einem ganzen Bündel von Störungen. Es folgte eine „Zwangseinweisung“, dann eine Odyssee durch mehrere Kliniken. Später war ich oft im Kieler Fenster. Weil es mit Kind, Arbeit und Krankheit zu viel wurde, musste ich irgendwann die Frührente einreichen. Heute bin ich auf dem Weg zurück in die Arbeitswelt – durch meine Hunde, Calypso und Yoda.

Mit ihnen gemeinsam will ich Kindern psychisch kranker Eltern sowie Erwachsenen mit einer psychischen Beeinträchtigung helfen: ‚Tiergestützte Hilfe zur Selbsthilfe‘ nennt sich das Angebot, das ich mit meiner Betreuerin von der „Brücke“ erarbeitet habe. Noch bin ich ehrenamtlich tätig, aber vielleicht ergibt sich mittelfristig eine Chance, einen echten Beruf daraus zu machen. So kann ich die Erfahrung, die mir meine Krankheit eingebracht hat, nutzen, um anderen zu helfen. Perfekt, oder?



Die Gesetze bieten Möglichkeiten, aber es braucht Leute in den Verwaltungen und Kliniken, die bereit sind, diese Wege zu gehen. Ich habe viele dieser Menschen gefunden, die mich unterstützen, aber ich weiß, dass nicht jeder so ein Glück hat.

Wichtig ist, dass psychisch Kranke offen mit ihrer Krankheit umgehen und Hilfe einfordern.



Teil 2:

Die Situation in Kiel

Zahlen und Fakten zum Thema psychische Erkrankungen

Die Situation in Kiel: Zahlen und Fakten zum Thema psychische Erkrankungen

Der Sozialpsychiatrische Dienst hilft bei schwierigen Lebenssituationen

Der Sozialpsychiatrische Dienst der Landeshauptstadt Kiel bietet Hilfen für Kieler Mitbürgerinnen und Mitbürger in schwierigen Lebenssituationen, bei denen Anzeichen oder Folgen einer psychischen Erkrankung bestehen. Er bietet in einem multi-professionellen Team aus Ärztinnen und Ärzten sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen Beratung, Betreuung und Begleitung von Betroffenen und deren Angehörigen im Rahmen von Vorsorge, Nachsorge und Krisenintervention an.

Die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes setzt da an, wo Menschen notwendige Unterstützung, die sie wegen einer Krankheit oder Behinderung benötigen, nicht vorfinden oder krankheitsbedingt – noch – nicht nutzen können.

Nicht selten sind Betroffene durch ihre Erkrankung aktuell nicht in der Lage, Beratungsstellen aktiv aufzusuchen oder ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. In diesen Fällen bietet der Sozialpsychiatrische Dienst im Rahmen aufsuchender Hilfen auch Hausbesuche zur Beratung und Begleitung Betroffener in ihrem häuslichen Umfeld an.

Ein wesentliches Ziel ist es, durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die Hilfesuchenden in therapeutische oder begleitende Angebote zu vermitteln.

Kieler Zahlen

Im Jahr 2016 ließen sich im Sozialpsychiatrischen Dienst der Landeshauptstadt Kiel 153 persönlich Betroffene an 208 Terminen beraten, an weiteren 84 Terminen wurde der Sozialpsychiatrische Dienst von Angehörigen aufgesucht. Hausbesuche durch ein Team des Sozialpsychiatrischen Dienstes wurden an 298 Terminen durchgeführt, dabei konnten 142 Betroffene in ihrem häuslichen Umfeld beraten werden.

Der Anteil der Männer lag insgesamt mit 55 Prozent etwas über dem der Frauen, etwa ein Drittel der Betroffenen war zwischen 45 und 65 Jahre alt.

Akute Lebenskrisen bis hin zu Demenzerkrankungen

Während bei den 25- bis 45-Jährigen überwiegend akute Lebenskrisen und depressive Episoden Grund für die Inanspruchnahme der Beratung waren, ließen sich bei den über 65-Jährigen Demenz- und Suchterkrankungen mit ihren resultierenden Problemen als häufigste Ursache der Kontaktaufnahme feststellen. In diesen Fällen wenden sich meist Angehörige oder Nachbarn aufgrund einer beginnenden Verwahrlosung und sozialen Isolierung der Erkrankten an den Sozialpsychiatrischen Dienst.

Trotz des Zieles des Sozialpsychiatrischen Dienstes, durch Beratung der Betroffenen, Begleitung und Vermittlung in therapeutische Angebote „einer Krise zuvor zu kommen“, mussten im letzten Jahr 649 mal Menschen im Rahmen einer Krisenintervention stationär auf der rechtlichen Grundlage des Psychisch-Kranken-Gesetzes (PsychKG) des Landes Schleswig-Holstein untergebracht werden.

Unterbringungen gegen den Willen der Betroffenen zu vermeiden und zu reduzieren, ist eine wichtige Aufgabe für die Landeshauptstadt Kiel.

Das Ziel ist, das Thema „Psychische Erkrankungen“ einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen und alle Institutionen und Akteure, die mit der Versorgung psychisch Kranker befasst sind, zu motivieren, sich stetig weiter zu vernetzen und eng zusammenzuarbeiten.

Teil 3:

Handlungsempfehlungen des Expertengremiums

Akzeptanz und Öffentlichkeitsarbeit

Miteinander reden

Psychische Krankheiten sorgen bei vielen Menschen für Unsicherheit. Vor allem, weil das Wissen über diese Krankheiten fehlt. Woher kommen Störungen wie Depression oder Schizophrenie? Warum verhalten sich Demenzkranke ungewöhnlich? Und wie soll der Kollegen- oder Freundeskreis damit umgehen, wenn jemand eine psychische Krankheit bekommt?

Die Landeshauptstadt Kiel will ein Klima schaffen, in dem alle Menschen angstfrei, gleichberechtigt und respektvoll miteinander umgehen. Das setzt voraus, dass Menschen mit und ohne psychische Störungen einander ohne Vorurteile begegnen. Psychisch Kranke und ihre Bedürfnisse sollen geachtet werden. Ebenso wichtig ist es, die Verunsicherung der nicht psychisch erkrankten Bevölkerung ernst zu nehmen.

Diese Form von gegenseitiger Anerkennung kann nicht von oben verordnet werden. Aber es ist möglich, an Haltungen zu arbeiten und Vorurteile abzubauen. In Kiel sollen Menschen nicht ausgegrenzt werden, weil sie anders sind. Wer ein psychisches Problem hat, soll keine Angst haben, darüber zu sprechen.

Die haupt- und ehrenamtlichen Gremien der Stadt verpflichten sich, das Wissen der Bevölkerung über psychische Krankheiten zu verbessern. Langfristig sollen mehr Orte entstehen, an denen sich Menschen mit und ohne psychische Störungen begegnen können.

Mögliche Orte der Begegnung finden sich überall, wo Menschen zusammenkommen: im öffentlichen und politischen Leben, hinter den Türen der Firmen, Organisationen, Institutionen und bei jedem persönlichen Treffen auf den Straßen und den Plätzen der Stadt. Für einen Haltungswandel müssen viele Organisationen, Verbände und Gruppen zusammenarbeiten.

„Türöffner“ in jeder Behörde, jedem Betrieb, jedem Verein

Wenn es nicht dem Zufall überlassen bleiben soll, das Thema psychische Krankheiten in den Mittelpunkt zu rücken, braucht es überall Personen, die als Wissensvermittler, Lotsen und Türöffner wirken. Sie sollten sich mit psychischen Krankheiten auskennen, die Versorgungslandschaft in Kiel überblicken und Lust darauf haben, ihr Wissen weiterzugeben.

Diese Aufgabe können Menschen übernehmen, die als Betroffene oder Angehörige Erfahrungen mit psychischen Krankheiten gesammelt oder beruflich mit dem Gesundheitswesen zu tun haben, aber auch Menschen, die sich aus anderen Gründen für das Thema interessieren. In Betrieben oder Behörden ist dafür die Unterstützung der Vorgesetzten notwendig, die eine oder mehrere Personen mit dieser Aufgabe betrauen.

Um dem Grundsatz „Nicht ohne uns über uns“ gerecht zu werden, findet sich im Idealfall ein Team zusammen, dem Menschen mit eigener Psychiatrieerfahrung und Angehörige oder andere Nahestehende von psychisch Kranken angehören.

Die Landeshauptstadt Kiel wird die Einführung dieser „Türöffner“ oder Lotsen begleiten. Das langfristige Ziel lautet, in jedem Stadtteil, jeder Kirchengemeinde, jeder Schule, jedem Unternehmen und jedem Verein in Kiel ein Team oder eine Person zu haben, die mit Rat und Tat weiterhilft, wenn eine Frage zu psychischen Störungen auftaucht.

Schweigen ist Blech, Reden ist Gold

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen können dazu beitragen, das Wissen über psychische Krankheiten zu verbessern. Die Landeshauptstadt Kiel erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und andere Gruppen und Vereine bei solchen Maßnahmen zu unterstützen.

Zahlreiche Methoden der Öffentlichkeitsarbeit sind denkbar. Sie reichen von Werbung in Bussen, Kinos oder Plakatwänden über Flyer oder Vorträge bis hin zu größeren Veranstaltungen wie einer „Woche der Psychiatrie“. Neben einer Zusammenarbeit mit klassischen Medien wie Zeitung oder Rundfunk können sich einzelne Akteure auch in den sozialen Netzwerken oder Foren im Internet zu Wort melden.

Kurz gesagt:

In der Landeshauptstadt Kiel gibt es bereits eine Reihe von Veranstaltungen und Gruppen, die psychisch Kranken eine Stimme verleihen und auf die Lage der Betroffenen hinweisen. Dennoch tun sich viele Menschen schwer mit dem Thema – vor allem, weil Wissen über psychische Krankheiten fehlt. Die Stadt will daher helfen, dieses Wissen zu vermitteln und mittelfristig Orte zu schaffen, an denen sich Menschen mit und ohne psychische Krankheiten begegnen können. Der Wunsch ist, dass es in einigen Jahren in allen Stadtteilen, aber auch in Firmen und Vereinen Leute gibt, die sich mit psychischen Krankheiten auskennen und bei Fragen weiterhelfen können.

Partizipation – dabei sein, mitmachen und gestalten

„Alle Menschen sollen ihr Leben mit den gleichen Chancen gestalten, an allem teilhaben und einen Lebensstil entwickeln können, der ihren Wünschen und Bedürfnissen entspricht“. Dieser Grundsatz aus dem Leitbild und der örtlichen Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Kiel muss auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen gelten. Um Teilhabe zu erreichen, erhalten Betroffene Leistungen der Eingliederungshilfe, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. Die Ausgestaltung der Eingliederungshilfe ist individuell, die Landeshauptstadt Kiel begleitet den entsprechenden Hilfeplanprozess möglichst gleichberechtigt und angstfrei.

Doch was heißt das eigentlich, Teilhabe? Einen Anteil am Geschehen hat auch, wer nur dabei steht und zuschaut, wie zum Beispiel das Publikum bei einem Fußballspiel. Die Spieler auf dem Rasen haben dagegen die Chance, ein Tor zu schießen. Aber welcher Spieler dabei sein darf, entscheidet der Trainer, der auch die Strategie festlegt. Und hinter dem Trainer steht das Präsidium des Vereins, dessen Beteiligung im Spiel gar nicht direkt zu sehen ist und es dennoch entscheidend prägt.

In einer idealen Welt hätten alle Menschen in allen Lebensbereichen gleich große Chancen. Aber die Lebenswirklichkeit, insbesondere von Menschen mit Beeinträchtigungen, sieht anders aus. Vielfach bewegen diese sich in einem engen Kreis, in dem sie fast ausschließlich auf andere Betroffene oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitssystems treffen.

Um dieser Spaltung entgegenzuwirken, will die Landeshauptstadt Kiel die Barrieren abbauen, die einer Teilhabe aller im Weg stehen. Ein erster Schritt dazu ist diese Broschüre, weitere Schritte werden folgen.

Ein Recht auf Mitwirkung

Menschen mit psychischen Krankheiten müssen Mut und Lust haben, sich mit ihren Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen. Zudem sollten Gelegenheiten vorhanden sein, in denen die Beteiligung gelebt und gefordert wird, sowohl im Arbeitsleben als auch in der Freizeit.

In größeren Unternehmen gibt es Behindertenbeauftragte, die die Interessen der Beschäftigten mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen vertreten. Auch an Hochschulen oder Krankenhäusern sind solche Selbstvertretungen längst Alltag. Nicht vorgeschrieben sind Behindertenvertretungen in kleineren Betrieben, Vereinen und sonstigen privaten Organisationen. Menschen, die Behindertenrechte wichtig finden, könnten jedoch ein solches Gremium einrichten und damit ein Zeichen setzen. Im Gegenzug sollten Psychiatrieerfahrene und ihre Angehörigen bereit sein, sich aktiv zu beteiligen und ihr Recht auf Mitwirkung einzufordern.

In Kiel gibt es bereits viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen.

Sie sind den Betroffenen allerdings oftmals unbekannt oder der Zugang ist durch Hürden erschwert. Um diese abzubauen, will die Landeshauptstadt Kiel das ehrenamtliche Engagement fördern und bestehende Strukturen wie Werkstatt- und Bewohnerbeiräte stärken und schützen. Wer Adressen und Möglichkeiten zur Beteiligung sucht, kann sich jederzeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Soziale Dienste und des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Amt für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel wenden (siehe unter Adressen S. 46).

Gefordert sind dabei neben den Angehörigen, Freundinnen und Freunden psychisch Kranker die gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer sowie Beschäftigte in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens. Sie sollen als Begleiterinnen und Begleiter oder Mittlerinnen und Mittler über die Systemgrenzen hinaus wirken und damit Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Kliniken oder Träger gemeindenaher sozialpsychiatrischer Hilfen sind aufgefordert, die Zeit für diese Aufgaben bereitzustellen.

Grundsätzlich verpflichtet sich die Landeshauptstadt Kiel, Projekte ausfindig zu machen und zu unterstützen, die zur Teilhabe aller beitragen.

Kurz gesagt:

Teilhabe an der Gesellschaft ist ein Recht, das in Deutschland jeder Mensch hat. Teilhabe kann aber verschiedene Dinge bedeuten: von ‚dabei sein‘ über ‚mitmachen‘ bis ‚gestalten‘. Viele Menschen mit psychischen Krankheiten nehmen nur sehr eingeschränkt am Leben in der Gesellschaft teil. Damit sie Mut und Lust haben mitzuwirken, sollen bereits bestehende Angebote gestärkt und neue aufgebaut werden. Informationen über bestehende Angebote gibt es beim Amt für Soziale Dienste und beim Amt für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel (siehe Adressen).

Strukturen klinischer Versorgung

Aus dem Klinikbett in die Beratung

Nimmt eine psychische Krankheit einen schweren Verlauf, kann es für die Betroffenen sinnvoll sein, sich in eine Fachklinik zu begeben. In den meisten Fällen geschieht dies aus freien Stücken. Etwa ein Fünftel aller Betroffenen wird gegen den eigenen Willen eingewiesen.

Grundsätzlich stehen in der Landeshauptstadt Kiel ausreichend Kapazitäten zur Verfügung, um Menschen in psychischen Krisen zu versorgen oder aufzunehmen.

Warteliste auf Therapieplätze

Den Menschen, die aus der Klinik bzw. der Tagesklinik entlassen werden, wird in vielen Fällen eine ambulante Therapie empfohlen. Zwar gibt es in der Landeshauptstadt Kiel – gerade im Vergleich zu ländlichen Gemeinden in Schleswig-Holstein – verhältnismäßig viele psychiatrische und psychotherapeutische Praxen, aber in der Regel ist es für die betroffenen Menschen nicht einfach, ein entsprechendes Angebot zu finden. Die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz lassen darauf schließen, dass die Angebote nicht ausreichend bzw. für spezielle Krankheitsbilder nicht vorhanden sind. Auch wenn es in der Regel zunächst ein Angebot über die Institutsambulanzen gibt, ist die Wartezeit nicht einfach zu bewältigen und ohne Hilfe schlecht zu überstehen. Die Therapieerfolge, die in der Klinik erzielt wurden, können dabei wieder verloren gehen.

Die Landeshauptstadt Kiel kann in das System der therapeutischen Versorgung kaum eingreifen. Für diesen Bereich sind landesweit die kassenärztlichen Vereinigungen und die Krankenkassen die Ansprechpartner. Allerdings werden die Probleme erkannt und Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Kiel werden zumindest bei Entscheidungen mit einbezogen.

Angebote, die es neben den Kliniken und niedergelassenen Praxen gibt, könnten noch bekannter gemacht werden, obwohl die Sozialdienste in den Kliniken über sehr gute Informationen verfügen. In der Landeshauptstadt Kiel gibt es verschiedene Anlauf- und Beratungsstellen oder Selbsthilfegruppen, die helfen können, die Wartezeiten zu überbrücken. Adressen und Informationen gibt es unter anderem beim Amt für Soziale Dienste oder beim Sozialpsychiatrischen Dienst im Amt für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel (Kontakt siehe Adressen). Dennoch ist es für die Betroffenen oder deren Angehörigen oft schwierig, unmittelbar nach der Entlassung aus der Klinik das passende Angebot zu finden.

Es sollte überlegt werden, wie eine zielgerichtete Unterstützung am Übergang zwischen Klinik und ambulanter Therapie aussehen könnte. Dort könnten Psychiatrieerfahrene als Expertinnen und Experten in eigener Sache eine wichtige Rolle spielen.

Alle Beteiligten sollen besser zusammen arbeiten

In der Folge einer psychischen Erkrankung stellen sich auch viele organisatorische und finanzielle Fragen. Kann ich wieder arbeiten? Wer übernimmt die Kosten einer Behandlung? Gibt es Rehabilitationsmaßnahmen oder weitere Therapieangebote? Wer unterstützt mich bei der Kinderbetreuung?

Auch da stehen Betroffene häufig vor einem undurchdringlichen Dschungel an Informationen. Eine wichtige Rolle kommt hier den Sozialdiensten der Kliniken und dem Sozialpsychiatrischen Dienst der Landeshauptstadt Kiel zu. Sie sind für die Patientinnen und Patienten die Anlaufstelle für alle Fragen und Probleme. Sie haben einen Überblick über die infrage kommenden Hilfeleistungen, können an entsprechende Stellen weitervermitteln oder Unterstützung bei einer Antragstellung geben.

Die Landeshauptstadt Kiel arbeitet eng mit den Sozialdiensten der Kliniken zusammen, sucht Patientinnen und Patienten in der Klinik auf und trifft Absprachen.

In diesem Zusammenhang können auch Gesundheitsbegleiterinnen und -begleiter eine wichtige Rolle spielen.

Kurz gesagt:

Wer nach einem Klinikaufenthalt entlassen wird, hat es nicht leicht, einen Therapieplatz und weitere Unterstützungsangebote zu finden. Verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Kiel überlegen, wie die Hilfe am Übergang zielgerichteter gestaltet werden kann. Expertinnen und Experten in eigener Sache könnten unterstützend mitwirken.

Individuelle und passgenaue Hilfe für alle Menschen

Kultur- und gendersensible Versorgung

Frauen und Männer, Menschen gleich welcher Hautfarbe und gleich welchen Geschlechts, sind gleichberechtigt. Aber ihre Leben verlaufen trotzdem unterschiedlich.

Ein gender- und kultursensibles Beratungs- und Therapieangebot berücksichtigt kulturelle und geschlechterspezifische Besonderheiten und Unterschiede. Eine offene, reflektierende Haltung verhindert, dass Unterschiede zu Diskriminierung und damit zu Verhinderung von Hilfe und Unterstützung führen.

Weil Menschen so verschieden sind, ist es wichtig, dass Hilfsangebote diese Verschiedenheit berücksichtigen – und sich individuell und passgenau für die Betroffenen ausrichten.

In Kiel gibt es Beratungs- und Anlaufstellen sowohl für Frauen als auch für Männer, weil es geschlechterspezifische Unterschiede gibt, die in einer Beratung berücksichtigt werden müssen.

Für Menschen mit Migrationshintergrund gibt es ebenfalls spezielle Angebote. Die verschiedenen kulturellen und ethnischen Erfahrungen aus den Herkunftsländern sowie die Dauer des Aufenthaltes in Deutschland führen zu sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Schwierigkeiten.

Die Anforderungen der Integration in eine fremde Kultur und die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung können zu Problemen führen und medizinische oder therapeutische Hilfe erforderlich machen. Der Zugang zu den passenden Beratungs- und Therapieangeboten ist für Menschen aus anderen Kulturkreisen schwer zu finden, wenn sie psychisch erkranken.

Das Gefühl von Ohnmacht, fehlende Teilhabe an der Gesellschaft und Armut sind Faktoren, die psychische Krisen noch verstärken können. Damit alle psychisch erkrankten Menschen die richtige Hilfe bekommen, brauchen sie einen besonderen Schutz und Hilfe durch Fachleute, die sich auf die Bedürfnisse und Themen ihrer jeweiligen Zielgruppe eingestellt haben. Für eine solche Unterstützung sorgen Einrichtungen und Beratungsstellen, die ausschließlich Frauen oder Männern mit einer Migrationsbiographie offen stehen.

Gute Einrichtungen – aber zu wenig Kapazitäten?

In der Landeshauptstadt Kiel gibt es viele Einrichtungen und Beratungsstellen, die einen guten fachlichen Ruf genießen. Die Kontaktdaten finden sich unter anderem in der Broschüre „Wegweiser Sozialpsychiatrische / Psychosoziale Hilfen in Kiel“ (siehe unter Adressen). Es ist nicht möglich, für alle unterschiedlichen Bedürfnisse ein passendes Beratungsangebot vorzuhalten. Daher dauert es unter Umständen, bis Hilfesuchende eine für sie passende Anlaufstelle gefunden haben.

Das kann für die Betroffenen und deren Angehörigen eine Belastung sein.

Ob mehr Kapazitäten bei Beratungsstellen und/oder mehr Kapazitäten für Therapien zu einer Verbesserung führen würden, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Es wird vom Expertengremium viel mehr die Sorge geäußert, dass zukünftig noch mehr Menschen Hilfe brauchen werden, zum Beispiel diejenigen, die vor Krieg, Folter und Gewalt aus ihrer Heimat fliehen mussten und in Deutschland Schutz suchen.

Schwellen senken, Zugang erleichtern

Die Landeshauptstadt Kiel bekennt sich zu einer kultur- und gendersensiblen Versorgung. Der Streit um die Finanzierung darf dabei die inhaltliche Debatte nicht überschatten. Der Zugang muss so einfach gestaltet sein, dass alle Bevölkerungsgruppen den Weg zur individuellen Unterstützung finden.

Kurz gesagt:

In Kiel gibt es viele spezialisierte Beratungsstellen, die nur für Frauen oder Männer oder für Menschen mit ausländischen Wurzeln offen sind. Das ist gut so und soll so bleiben. Nicht immer reichen die Kapazitäten für eine schnelle Versorgung aller Ratsuchenden aus. Also ist es wichtig, dass alle Einrichtungen um die besonderen Bedürfnisse von einzelnen Gruppen wissen und darauf eingehen.

In allen Einrichtungen sollte ein kultur- und gendersensibler Umgang mit den Nutzerinnen und Nutzern zum Standard werden.

Regelversorgung

Alle Angebote nutzen

Schulen, Büchereien, Krankenhäuser, Behörden – solche Häuser und ihre Angebote müssen allen Menschen offen stehen. Doch die sogenannten Regelangebote sind meist nicht auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen eingestellt. Das gilt nicht nur für die öffentlichen Einrichtungen, sondern auch für Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr und andere Angebote.

Häufig fehlen in den Regelangeboten die Kenntnisse über die besonderen Bedürfnisse und den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen. Das führt zu Verunsicherung auf beiden Seiten. So fehlt beispielsweise im Krankenhaus oft das Personal für die speziellen Bedürfnisse Demenzkranker.

Die Landeshauptstadt Kiel will dazu beitragen, die Regel-einrichtungen so umzugestalten, dass sich alle Menschen in ihnen wohl fühlen und die entsprechenden Angebote nutzen können. Schließlich haben alle Menschen das Recht, in allen Einrichtungen und Diensten des öffentlichen Lebens versorgt, aufgenommen und als vollwertig anerkannt zu werden.

Hürden abbauen – Einstieg erleichtern

Um es den Menschen zu erleichtern, den Weg in die Regeleinrichtungen zu finden, sollten die Beratungsstellen systematisch in den einzelnen Ortsteilen ausgebaut werden. Von dort aus könnte eine Brücke in die jeweiligen Regeleinrichtungen geschlagen werden.

Die Beratungsstellen sollten ein Ort sein, in dem sich die Besucherinnen und Besucher willkommen fühlen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten ein offenes Ohr und Zeit haben, um auf die speziellen Bedürfnisse der unterschiedlichen Menschen eingehen zu können.

Auch die Beratung und Unterstützung von Expertinnen und Experten in eigener Sache könnten dort hilfreich sein, ebenso wie die Aufklärungsarbeit in Vereinen, Firmen, Einrichtungen und Diensten.

Netze knüpfen – Menschen nicht fallen lassen

In vielen Stadtteilen gibt es bereits heute Netzwerke, Personen oder Gruppen, die sich gemeinsam des Themas annehmen können. Das Fachwissen und die Erfahrungen aller dieser Expertinnen und Experten kann genutzt werden, um die Regeleinrichtungen fit für den Umgang mit psychisch kranken Menschen zu machen.

In der Arztpraxis darf keine Patientin und kein Patient einfach ins Sprechzimmer durchgehen, in der Schule können nicht alle gleichzeitig reden und der Feuerwehrgewagen muss sofort losfahren, wenn der Alarm ertönt. In jeder Einrichtung gibt es Regeln, die eingehalten werden müssen, damit die Beschäftigten dort ihre Arbeit machen können.

Einige Menschen sind aufgrund ihrer psychischen Krankheit oft nicht in der Lage, diesen Regeln zu folgen. Im Umgang mit diesen Menschen, die sich sehr auffällig zeigen, müssen individuelle, kreative Lösungen gefunden werden. Es kann auch sein, dass die Regeleinrichtungen Grenzen haben oder ziehen müssen, in denen manche Dinge möglich sind oder eben nicht. Gelingende Inklusion hängt auch von der Akzeptanz des Lebensumfeldes, der „Gesellschaft“ ab. Deshalb sind die Aufklärungsarbeit und der Abbau der „Hürden in den Köpfen“ insbesondere im jeweiligen Lebensumfeld der Menschen so wichtig.

Kurz gesagt:

Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen Zugang zu allen Einrichtungen und Diensten in ihrem Lebensumfeld haben. Informationen, Aufklärung und Begegnung auf beiden Seiten sind dafür sehr wichtig. Das könnte eine der Aufgaben in den Anlaufstellen sein.

Anhang

Adressen

Amt für Gesundheit

Fleethörn 18–24

24103 Kiel

Tel. 0431 901-2110

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr und
Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr

Amt für Soziale Dienste

Stephan-Heinzel-Straße 2

24116 Kiel

Tel. 0431 901-3252

Öffnungszeiten:

Montag bis Mittwoch 8.30 bis 15.30 Uhr,

Donnerstag 8.30 bis 17 Uhr und Freitag 8.30 bis 13 Uhr

Weitere Informationen und Adressen finden sich auch im

„Wegweiser Sozialpsychiatrische / Psychosoziale Hilfen in Kiel“

Herausgeber: Landeshauptstadt Kiel

Internet: https://www.kiel.de/de/gesundheits_ soziales/ gesundheits_ vorsorgen_ heilen/sozialpsychiatrischer_ dienst/ sozialpsychiatrischer_ wegweiser.php

Die Broschüre kann auch telefonisch
im Amt für Gesundheit der Landes-
hauptstadt Kiel bestellt werden:

Tel. 0431 901-2110



Danksagung

Wir bedanken uns herzlich bei den fünf Interviewpartnerinnen und -partnern, die sich speziell für diese Broschüre geöffnet und von ihrem Leben und ihrer (Leidens-)Geschichte erzählt haben. Sie zeigen auf, dass eine psychische Erkrankung wirklich jede und jeden treffen kann und dass es – trotz zahlreicher Hilfs- und Unterstützungsangebote innerhalb der Landeshauptstadt Kiel – immer noch einen großen Bedarf an passgenauen Hilfen gibt, die sich nicht in einem Dschungel aus Zuständigkeiten verstecken, sondern einfach und vor allem schnell zu finden sind. Und sie zeigen auf, dass noch einige Verbesserungen und Vereinfachungen nötig sind, um Menschen mit psychischer Erkrankung in ihrer Situation zu helfen. Das ist für uns als Verwaltung der Landeshauptstadt Kiel ein Ansporn, uns auch künftig mit Kräften für das Wohl der Betroffenen einzusetzen.

Gleichsam bedanken wir uns beim Expertengremium und bei all seinen Mitwirkenden für die Bereitschaft, an zahlreichen Sitzungen und Diskussionsrunden zum Thema psychische Erkrankungen – unter anderem für die Erstellung dieser Broschüre – teilzunehmen, um Wünsche und Notwendigkeiten zu formulieren, damit Betroffene künftig nicht nur eine gute, individuelle Behandlung im akuten Stadium ihre Krankheit erhalten, sondern auch darüber hinaus gut versorgt werden. Mittel- und langfristige Angebote umzusetzen: Daran werden die Landeshauptstadt Kiel und das Expertengremium weiterhin gemeinsam arbeiten.

Mitglieder des Expertengremiums

Thomas Bartels, Landesverband Psychiatrie-Erfahrener
Schleswig-Holstein e. V.

Prof. Dr. Stephan Dettmers, Fachhochschule Kiel

Frauke Dohrn, Amt für Soziale Dienste, Landeshauptstadt Kiel

Prof. Dr. Robert Göder, Zentrum für Integrative Psychiatrie

Brigitte Harbering, KIBIS-Selbsthilfekontaktstelle Kiel

Martin Hamborg, Kieler Servicehäuser der AWO

Dr. Rüdiger Hannig, Landesverband Schleswig-Holstein
der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e. V.

Dr. Sabine Herlitzius, Amt für Gesundheit, Landeshauptstadt
Kiel

Dr. Wolf R. Jonas, Ameos Klinikum

Arne Leisner, Amt für Soziale Dienste, Landeshauptstadt Kiel

Margarete Packbier, Beirat für Seniorinnen und Senioren
der Landeshauptstadt Kiel

Dr. Dr. Bernd-Michael Penners, Amt für Gesundheit,
Landeshauptstadt Kiel

Christian Sach, Landesverband Psychiatrie-Erfahrener
Schleswig-Holstein e. V.

Christine Scheffer, Beirat für Seniorinnen und Senioren
der Landeshauptstadt Kiel

Peter Soost, Kieler Fenster

Gerwin Stöcken, Dezernat für Soziales, Gesundheit, Wohnen
und Sport, Landeshauptstadt Kiel

Astrid Witte, Amt für Soziale Dienste, Landeshauptstadt Kiel

